

## Rektorin: „Lehrveranstaltungen im Sommer“

**Interview.** Die Ankündigung der Regierung lasse „viele im Unklaren“, kritisiert **Rektorenchefin** Sabine Seidler. Ihrer Meinung nach könnten Übungen noch in diesem Semester vor Ort stattfinden. Prüfungen mit Masken seien gut vorstellbar.

VON JULIA NEUHAUSER

**Die Presse:** Der Kanzler sagte am Montag: „Dieses Semester wird der Lehrbetrieb ausschließlich digital stattfinden.“ Wird es tatsächlich gar keine Lehrveranstaltungen mehr vor Ort geben?

**Sabine Seidler:** Das kann ich mir nicht vorstellen. Der Kanzler hat auch gesagt, dass Prüfungen und Forschungstätigkeiten so weit als möglich fortgeführt werden sollten. Wir haben ja viele Lehrveranstaltungen mit immanentem Prüfungscharakter. Deshalb kann ich mir sehr wohl vorstellen, dass unter Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen gegen Semesterende Laborübungen oder Seminare vor Ort stattfinden. Allerdings in kleineren Gruppen.

**Klassische Vorlesungen wird es nicht mehr geben?**  
Genau.

**Gilt das auch für Vorlesungen mit ganz wenigen Besuchern?**

Wir kämpfen seit Beginn an damit, dass die politischen Aussagen Interpretationsspielraum zulassen, um es positiv zu formulieren, negativ formuliert könnte man sagen, dass vieles im Unklaren bleibt.

**Sollen sich die Studierenden schon darauf einstellen, dass sie im Juli, August und September an den Unis sein müssen?**

Sein können. Wir gehen davon aus, dass noch in dieser Woche ein Verordnungsentwurf in Begutachtung geht, der es uns ermöglicht, Lehrveranstaltungen im Sommer anzubieten.

**Wie gut funktioniert denn das Distance Learning bisher?**

Wie all diese Dinge – mal besser und mal schlechter. Die Lehrenden geben sich unendlich viel Mühe, ihre Angebote umzustellen. Man darf aber nicht vergessen, dass wir drei Tage Zeit hatten, um den Prozess in Gang zu setzen. Ich betrachte das auch als Prozess. Es



„Es ist nicht perfekt“, sagt Sabine Seidler, die **Präsidentin der Universitätenkonferenz**, zum E-Learning an den Hochschulen. [Akos Burg]

ist nicht perfekt. Aber das Angebot hat kontinuierlich zugenommen.

**Wie hoch ist der Anteil der Lehrveranstaltungen, der mittlerweile online angeboten wird?**

Etwa zwischen 70 und 85 Prozent. Wobei das von Fach zu Fach unterschiedlich ist. Deshalb ist ein Mittelwert wenig aussagekräftig.

**Die Hochschülerschaft an Ihrer Uni, der TU Wien, sieht das offenbar anders. Zu sagen, dass es absolvierbare Lehrveranstaltungen gebe, sei als würde man behaupten, es gebe Rettungsboote auf der Titanic, hieß es.**

Spannend. Ich sehe die TU Wien und auch ihre Studierenden nicht vor dem Untergang. Das ist einfach nicht wahr.

**Prüfungen können laut Regierung stattfinden, wenn entsprechende Auflagen eingehalten werden. Finden nun alle Prüfungen wieder in Hörsälen statt?**

Ja. Ich interpretiere das so. Die Logistik ist aber nicht einfach. Das haben wir schon zu Beginn der Maßnahmen, als noch Prüfungen stattfinden sollten, gesehen. Die größte Herausforderung ist nicht, die Personen mit genügend Sicherheitsabstand in den Hörsälen zu positionieren und diese entsprechend zu desinfizieren, sondern sicherzustellen, dass beim Betreten und Verlassen des Hörsaals die Sicherheitsabstände eingehalten werden. Wobei sich die Situation hier sicherlich verändert hat. Wir sind nun alle wesentlich stärker sensibilisiert als noch vor drei Wochen. Daraus schöpfe ich Hoffnung, dass wir es sehr wohl schaffen, die Prüfungen wieder in den Hörsälen stattfinden zu lassen.

**Welche Auflagen wird es abgesehen vom Mindestabstand geben? Masken?**

Das kann ich mir schon gut vorstellen. An der Arbeitsstelle sollen darüber ja Arbeitgeber und -neh-

mer entscheiden. Wir werden also sehen, wie wir das an den Universitäten handhaben.

**Die Hochschülerschaft (ÖH) fordert den Erlass der Studiengebühren in diesem Semester. Sie halten das für „derzeit nicht gerechtfertigt“. Weshalb?**

Die Studiengebühren werden für Leistungen, die von den Unis erbracht werden, bezahlt. Und wir erbringen weiterhin Leistungen. Vielleicht nicht in vollem Umfang. Deshalb möge man sich das bitte erst am Ende des Semesters anschauen, bevor man den Ruf nach einem kompletten Erlass erhebt.

**Es geht der ÖH auch um die finanzielle Situation der Studenten. Die hat sich durch die hohe Arbeitslosigkeit in der Krise verschärft. Ist das kein Argument?**

Doch. Aber es gibt ganz klare Signale aus dem Ministerium, dass die Universitäten die Studiengebühren nicht ersetzt bekämen,

und das beeinflusst unser Denken. Es geht immerhin um rund 30 Millionen Euro. Das ist nicht nichts.

**Das Parlament hat den Wissenschaftsminister ermächtigt, vieles im Hochschulbereich einfach per Verordnung zu regeln. Gibt es einen Eingriff, vor dem Sie Angst hätten?**

Es wäre für uns eine ganz schlimme Vorstellung, dass per Verordnung direkt in Curricula eingegriffen wird. Alles, was mit Curricula zu tun hat, muss in den Händen der Unis bleiben. Beispiel dafür sind Lockerungen in der Eingangs- und Orientierungsphase (*Steop, Anm.*), damit in der Zeit andere Prüfungen vorgezogen werden können.

**Der Minister könnte nun auch verordnen, dass im Rahmen von Aufnahmeverfahren die Schulnoten herangezogen werden. Was halten Sie davon?**

Das ist die schlechteste aller Varianten. Damit würden wir für ein Jahr einen Numerus clausus einführen. Und gegen diesen haben wir uns in Österreich aus guten Gründen entschieden.

**Wie realistisch ist es, dass das kommt?**

Der Minister hätte die Möglichkeit. Er muss aber nicht von allen Möglichkeiten Gebrauch machen.

**Sie rechnen also mit regulären Aufnahmeverfahren?**

Ja. Wobei sich die Termine vielleicht verschieben werden. Man kann wohl realistischerweise davon ausgehen, dass sie erst im August stattfinden werden.

### ZUR PERSON

**Sabine Seidler** (58) ist seit 2011 **Rektorin der Technischen Universität (TU) Wien**, wo sie erste Rektorin, erste Vizerektorin und erste Professorin war. Seit Jahresbeginn steht die in Deutschland geborene Werkstoffwissenschaftlerin der **Österreichischen Universitätenkonferenz (Uniko)** vor.

## Kein gleicher Lohn für Präsenzdiener

**Entgelt.** Wie viel ist der Einsatz von Zivildienern und Grundwehrdienern während Corona wert? Das kommt drauf an. Auch das Verfassungsgericht soll den Fall beurteilen.

VON IRIS BONAVIDA

**Wien.** Wie viel Geld erhalten junge Männer, wenn sie während der Corona-Krise als Präsenzdiener im Einsatz sind? Eine kurze Antwort gibt es nicht. Es kommt nämlich darauf an, ob sie beim Bundesheer sind, beim Zivildienst – und ob sie sich freiwillig melden oder nicht.

Fangen wir mit dem einfacheren Teil der Antwort an, den Grundwehrdienern: Sie erhalten mindestens 346 Euro im Monat. Verpflegt werden sie vom Heer. Bei 2316 Wehrpflichtigen wird das Entgelt nun aufgebessert. Sind die jungen Männer im Assistenzdienst (unterstützen also die Polizei zum Beispiel an der Grenze), erhalten sie eine Einsatzgebühr. Damit verdoppelt sich ihr Entgelt in etwa. Sind sie in einem anderen Bereich im Dienst, steigen sie finanziell schlechter aus. Sie erhalten

eine „Anerkennungsprämie“ von rund 190 Euro im Monat.

Dieses zusätzliche Geld soll eine Ungleichheit vermeiden: Denn auch für manche Zivildienere, die während der Corona-Krise länger dienen müssen, ist die Prämie gesetzlich vorgesehen. Sie erhalten die 190 Euro zusätzlich zu den 346 Euro Entgelt (plus Verpflegungsgeld, das meistens hinzukommt). Das macht insgesamt also mindestens 540 Euro im Monat aus. Das trifft auf die 1500 jungen Männer zu, die im April eigentlich ihren Dienst beendet hätten – und nun wegen der Corona-Krise noch drei Monate einen „außerordentlichen Zivildienst“ leisten müssen.

Sie sind allerdings nicht die einzigen. Auch 2000 frühere Zivildienere sind seit April wieder im Einsatz. Mit zwei Unterschieden: Sie haben sich freiwillig gemeldet. Und sie erhalten mehr Geld dafür:

Mindestens 1300 Euro pro Monat sieht das Gesetz für sie vor – also wesentlich mehr, als für die verlängerten, verpflichteten Zivildienere.

**Beschwerde einbringen**

Mehr als 100 Betroffene wollen daher eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) einbringen. Das Mandat haben die Anwälte Nikolaus Rast und Mirsad Musliu übernommen. Für die Ungleichbehandlung gebe es nämlich keine sachliche Rechtfertigung, sagt Rast zur APA.

Man habe bei so vielen Beschwerden gehofft, dass nachgebessert werde, heißt es aus der Kanzlei zur „Presse“. Im Büro der zuständigen Ministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) betont man, sich an die Rechtsgrundlage zu halten. Sollte der VfGH ein Gesetzprüfungsverfahren einleiten, werde man die Entscheidung abwarten.

## Weniger Infektionen

**Zahlen.** Die Zahl der Genesenen war Dienstag wieder höher als die der mit dem Coronavirus neu Infizierten.

**Wien.** Am Dienstag ist in der Corona-Krise hierzulande ein weiterer Rückgang der aktiven Erkrankungen – die Infektionen mit Sars-CoV-2 abzüglich der Genesungen und der Todesfälle – verzeichnet worden. Den vierten Tag in Folge ist dieser signifikante Faktor in der 24-Stunden-Schau gesunken, diesmal um 3,4 Prozent auf 8043 Fälle. Am vergangenen Freitag hatte es noch fast 9000 aktive Erkrankungen gegeben.

Seit Montag wurden 583 Personen als wieder genesen ausgewiesen, während 332 Neuinfektionen verzeichnet wurden. Insgesamt bestätigte das Gesundheitsministerium mit Dienstag, 8.00 Uhr, bisher 12.332 Infektionen mit dem Coronavirus. 4.046 Betroffene waren zu diesem Zeitpunkt wieder gesund. 243 Patienten sind gestorben.

Die aktuelle Entwicklung deutet nicht darauf hin, dass die Spitalskapazitäten für Covid-19 in unmittelbarer Zukunft nicht ausreichen könnten. 1100 Erkrankte befanden sich am Dienstagvormittag in Krankenhäusern, um 26 mehr als am Vortag. Intensivbetten wurden um sieben weniger als am Montag benötigt, nämlich 243.

Die Zahlen haben nur einen Haken: Die Anzahl der durchgeführten PCR-Tests ist in den vergangenen Tagen deutlich gesunken, sodass sich die Frage stellt, inwieweit die veröffentlichten Fallzahlen die Realität abbilden und wie hoch die Dunkelziffer sein mag. Bis Dienstag, 9.30 Uhr, wurden laut Gesundheitsministerium bundesweit 115.235 Testungen durchgeführt. Seit Samstag wurden rund 11.100 Personen zusätzlich getestet. (APA)